



Resolution

"Internationale Zusammenarbeit zur Finanzierung von Naturschutzgebieten in Entwicklungsländern"

Die Kommission für Umwelt, Gesundheit und Entwicklung,

unter Hinweis auf den Bericht der Umweltorganisation Greenpeace und der Vereinten Nationen, der die Finanzierungsprobleme für die internationalen Naturschutzgebiete und den weltweiten Lebensqualitätsverlust durch die Zerstörung der Naturschutzgebiete, des sauberen Wassers als auch der Luft wissenschaftlich und neutral dokumentiert hat,

betonend, dass die weltweit betriebene Abholzung nicht nur eine der wichtigsten globalen Sauerstoffquellen zerstört, sondern ebenfalls das ökologische Gleichgewicht der Erde bedroht,

in Sorge, dass der weltweite Klimaschutz durch die ökonomischen Interessen von Ländern und Konzernen ins Stocken gerät,

betonend, dass unglücklicherweise das Abholzen von Waldflächen momentan für einige Entwicklungs- und Schwellenländer in vielerlei Hinsicht notwendiger ist, als das Schützen derselben,

unter Berücksichtigung, dass durch die Globalisierung der Umweltschutz eine internationale verpflichtende Herausforderung ist,

mit Sorge darauf hinweisend, dass ohne Naturschutzgebiete die weltweite Artenvielfalt immens bedroht ist,

1. verlangt, dass alle Staaten der UN den aus den Kopenhagener Verträgen festgelegten Prozentsatz an Umweltabgaben von 0.7 % des Bruttoinlandsprodukts auf 1.0 % erhöhen;
2. fordert, dass die Industriestaaten die Entwicklungs- und Schwellenländer finanziell unterstützen und die Subventionierung von Naturschutzgebieten zur Rettung der Artenvielfalt;
3. lädt ein das Knowhow, die Erfahrung und das Wissen erfahrener Staaten in Bezug auf Naturschutzgebiete zum Wohle des internationalen Umweltschutzes zu nutzen.